

## **Bundesverband fordert Entschädigung für ausgeschlossene NS-Opfer**

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. hat Regierung und Parlament aufgefordert dafür zu sorgen, dass die bisher nicht berücksichtigten Opfergruppen wie ehemalige italienische Militärinternierte und sowjetische Kriegsgefangene entschädigt werden. Diese Opfergruppen, die mehrere hunderttausend Menschen umfassen, waren bei der Entschädigung durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bewusst ausgeschlossen worden. Der Bundesverband fordert außerdem eine Härtefallregelung für diejenigen, die zwar sachlich Entschädigungsberechtigt wären, aber aus formalen Gründen abgelehnt wurden.

In weiteren Anträgen beschloss die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes die Forderung, dass die Interessen der Überlebenden auch weiterhin im Vordergrund der Tätigkeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ stehen müssen sowie eine Kampagne zur Unterstützung der NS-Opfer in Osteuropa. Die Neufassung des so genannten „Ghetto-Rentengesetzes“, dessen Anwendung Zehntausende von einer Rentenzahlung ausschließt, war ebenso eine Forderung wie das Verlangen nach regelmäßigen Kurmaßnahmen für alle NS-Opfer. Die wiedergewählte Vorsitzende Regina Suderland zog in ihrem Sachbericht ein positives Fazit der Verbandsarbeit: sehr gut entwickelt sich das Erzähl- und Begegnungscafé für NS-Verfolgte in Köln, das mittlerweile zu einer festen und intensiv nachgefragten Einrichtung geworden ist. Auch das seit gut einem Jahr laufende Projekt „Anpassung der Versorgungssysteme der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter“ ist ein großer Erfolg, an den sich Folgeprojekte anschließen werden.

Weitere Informationen:

Dr. Jost Rebentisch / Britta Scherer

**BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-  
VERFOLGTE e.V.**

Holweider Str. 13-15

51065 Köln

Tel: 0221 17 92 94 23/15

Fax: 0221 17 92 94 29

Mailto: [info@nsberatung.de](mailto:info@nsberatung.de)